

LIEBE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND,

seit mehreren Wochen gehen in Deutschland über 100.000 Menschen gegen Gruppierungen wie „Pegida“, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf die Straßen. Das ist sehr ermutigend. Wir könnten auf dieser Welt zusammen leben, in gegenseitiger Achtung der unterschiedlichen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der sexuellen Orientierung und der Hautfarbe. Das Recht auf Asyl ist ein hohes Gut, dass geschützt und verteidigt werden muss.

Gegenseitiger Respekt und Zusammenhalt sind ein gemeinsames Anliegen von Flüchtlingen und Bevölkerung, um bessere Lebensbedingungen für alle zu schaffen und um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Wir Asylsuchende möchten dazu beitragen, die Situation in Deutschland zu verbessern. Wir möchten mit den Menschen in Deutschland das Gespräch suchen, unsere Geschichten erzählen und unsere jetzigen Lebensumstände näher bringen.

Wir kommen aus Ländern in denen Krieg herrscht, wie in Syrien, im Irak oder der Ukraine; aus Ländern wo Kritik an der Regierung mit Folter und Tod bestraft wird, wie in Eritrea, im Iran oder in Afghanistan. Wir kommen aus Gebieten voller Umweltkatastrophen, wo Wohnungen zerstört sind, es kaum Trinkwasser gibt und Hunger herrscht, wie in Äthiopien oder den Philippinen. Niemand verlässt gerne seine Heimat, seine Familie und Freund*innen. Aber die Situation in unseren Heimatländern bringt

uns dazu. Wir haben sie nicht ausgelöst!

Was sind die Ursachen und wer sind die Verursacher*innen? Die Kriege werden um Rohstoffe, um Machteinfluss und um Transportwege geführt. Diese Kriege sind international. An ihnen ist auch der Westen beteiligt. Globale Unternehmen profitieren von diesen Kriegen. Mit Waffenlieferungen werden hohe Profite erzielt. Deutschland ist in 11 Ländern an Kriegen beteiligt und ist drittgrößter Waffenlieferant der Welt. Gerade deshalb müssen Waffenlieferungen gestoppt werden, um die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Keine deutschen Truppen ins Ausland! Keine Sicherheitskooperation mit Diktaturen!

Viele Konzerne und Banken erzielen Profite, aber Mensch und Natur interessieren sie nur, wenn sie ausgebeutet werden können. Die globale Wirtschaft zerstört die Lebensgrundlagen von Bauern und Fischern. Gleichzeitig werden viele dieser Menschen an der Flucht gehindert. Europa schottet sich ab. Statt zu helfen, wurden die EU-Gesetze noch verschärft und führen dazu, dass führerlose Schiffe auf dem Meer treiben. Die EU-Politik erklärt uns Flüchtlinge für illegal und deshalb werden wir wie Kriminelle behandelt.

Aber wir sind Menschen wie ihr. Wir verdienen die gleichen Rechte wie deutsche Bürger*innen, damit wir uns an der Gesellschaft auch gleichberechtigt beteiligen können. Wir verdienen eine

menschenwürdige Behandlung und demokratische Rechte. Wir würden gerne arbeiten und unseren Lebensunterhalt selbst verdienen. Doch das wird uns verwehrt. Wir würden gern in normalen Wohnungen leben und uns frei bewegen können. Die Situation in den Lagern und Heimen ist katastrophal und für viele ein Schock, da Menschen aus unterschiedlichsten Ländern auf engstem Raum zusammen leben und Konflikte aus den Heimatländern in den Lagern aufeinanderprallen.

Auf Grund unserer Erfahrungen als Asylsuchende haben wir deshalb konkrete Forderungen:

- » Gleiche demokratische Rechte und nicht nur gleiche Pflichten
- » Keine Kriminalisierung von Geflüchteten
- » Zusammenleben aller Familienmitglieder und Verwandten
- » Schnellerer Bearbeitung und schnellere Bestätigung unserer Asylanträge
- » Unterbringung in geeigneteren Unterkünften - Wohnungen statt Lager
- » Bessere Integration durch Deutschkurse von Beginn an
- » Das Recht eine Arbeit aufzunehmen von Beginn an
- » Abschaffung der Residenzpflicht für alle Geflüchteten
- » Gleichbehandlung aller Flüchtlingen
- » Keine Abschiebungen im Winter!
Keine Abschiebegefängnisse! Keine Abschiebungen in Länder mit inhumanen Lebensbedingungen.

Wir bitten euch, unterstützt uns dabei, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Kommt am 28. Februar 2015 nach Dresden und demonstriert mit uns gemeinsam für mehr Rechte für Geflüchtete.

28.2./14 UHR / DRESDEN